



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

drei Themen haben diese Woche bestimmt. Da ist zum einen der perfide islamistische Terrorakt in Wien, der vier Menschen das Leben gekostet hat. Wie schon bei den Attentaten von Dresden, Paris und Nizza handelte es sich auch in Wien um einen jungen Menschen, der glaubte, unter Berufung auf den Islam Menschen töten zu dürfen.

Der Islam selbst ist aber keine menschenverachtende Religion, die Töten unter welchen Umständen auch immer legalisiert. Die Attentate zeigen vor allem, wie wichtig Aufklärungsarbeit und der Blick auf die Geschichte der christlich geprägten Nationen schon in der frühen Jugend und noch besser in der Kindheit ist. Wir müssen schon im frühesten Kindesalter die Entwicklung der dafür wichtigsten Voraussetzungen - Empathie und Toleranz - unterstützen, die Bedeutungen dafür erkennen und nicht allein auf „Aufklärung“ vertrauen.

Dann die Wahl in den USA, die dominiert wird von einem noch amtierenden Präsidenten, der alle bisher geltenden demokratischen Spielregeln mit Füßen tritt, so dass man sich Sorgen machen muss, wie es um die Demokratie in den USA bestellt ist. Man kann nur hoffen, dass die Mehrheit der Republikaner sich in dieser Frage genauso konservativ verhält, wie sie das in allen anderen Lebensbereichen so gerne beansprucht.

Nicht zuletzt geht es um den Umgang mit der Corona-Pandemie. In diesen Tagen erreichen mich vermehrt Zuschriften von Bürgern, die befürchten, dass mit der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes ihre Grundrechte ausgehebelt werden. Das wird nicht geschehen. Wohl aber werden Maßnahmen ergriffen, die dem Wohle aller dienen. Dazu müssen wir Rücksicht auf den anderen, auf die Schwächeren nehmen. Das kann mit vorübergehenden Einschränkungen altgewohnter Freiheiten einhergehen. Doch wenn wir uns z.B. weiterhin mit unseren Freunden und Verwandten treffen wollen, dann müs-

sen wir auch alles dafür tun, dass nicht ausgerechnet sie Opfer der Corona-Pandemie werden. Mit den ständig steigenden Infektionszahlen wächst auch die Gefahr, dass unser Gesundheitssystem nicht mehr alle Schwerkranken versorgen kann und wir mehr Tote zu beklagen haben. Freiheits- und Menschenrechte sind kein individueller Anspruch einzelner. Sie gelten auch immer für den Anderen, den Schwächeren und für das Wohl der Gemeinschaft, in der wir leben.

Also seien wir vernünftig und denken auch an die anderen. Rücksicht heißt das Gebot der Stunde, damit wir nicht alle schließlich zu Opfern werden.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski

Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Verfolgung von Falun Gong in China beenden

Am Freitag (6.11.2020) haben wir im Deutschen Bundestag den zweiten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit debattiert. Aus diesem Anlass habe ich in einem Brief an alle meine Fraktionskollegen die Verfolgung von Falun Gong in China thematisiert und sie um Mitunterzeichnung gebeten. Der Brief wird dann dem chinesischen Botschafter zugestellt. Seit Jahren werden in China die Religionsfreiheit und die Rechte nationaler Minderheiten mit Füßen getreten. Offiziell gilt zwar Religionsfreiheit, aber die chinesische Verfassung sieht nur das Recht auf negative und positive Religionsfreiheit. Religionsgemeinschaften, die sich nicht in einer Dachorganisation registrieren lassen, können für illegal erklärt

werden und ihr Glaube kann als ethische Kultur verboten werden. Der Artikel 300 des chinesischen Strafgesetzbuches bezieht sich auch auf nicht registrierte und damit nicht anerkannte religiöse Vereinigungen. So wurde im Jahre 1999 die Meditationsbewegung Falun Gong verboten.

Nach Schätzungen der chinesischen Regierung hat die Meditationsbewegung, die als vermeintlich religiöse Sekte angesehen wird, schätzungsweise 70 Millionen Anhänger, die unter Verfolgung leiden. Sie stellen den größten Anteil der Opfer des illegalen Organraubs in China dar. Es geht hier um den Mord an Tausenden von Menschen, die man für den Organhandel „ausschlachtet“. Menschenrechtler bezweifeln, dass pro Jahr nur 10.000 bis 15.000 Transplantationen in China vorgenommen

werden. Sie verweisen darauf, dass mehr als tausend Krankenhäuser auf derartige Eingriffe spezialisiert sind und dass die Wartezeiten in China nur Tage bis maximal Wochen betragen, während man sonst Jahre warten muss. Dieses erschreckende und unmenschliche systematische Morden von Menschen in China, das einem Menschenbild entspringt, welches den Menschen als ein wertbares Gut begreift, ist nicht hinzunehmen.

Seit fünf Jahren ist es mir ein Anliegen, durch eine Resolution wie in den USA und der EU diesem grausamen Tun etwas entgegenzusetzen. Wir haben mittlerweile eine sehr gute Faktenlage. Diese muss nun endlich zielführend dafür genutzt werden, die menschenverachtenden Praktiken in China zu stoppen.

KfW-Corona-Hilfen für Frankfurt (Oder) und Oder-Spree

Wegen dringendem Bedarf hat die Bundesregierung ein drittes Corona-Paket aufgesetzt, um eine erneute temporäre Vollschließung einzelner Branchen zur Eindämmung des SARS-CoV-2 Virus abzufedern. Der KfW-Schnellkredit hat sich als wichtige Stütze bewährt.

Wir lassen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten in dieser ernstesten Lage nicht allein. Die KfW-Corona-Hilfen wurden von vielen Unternehmen und Soloselbständigen in meinem Wahlkreis in Anspruch genommen. Im Landkreis Oder-Spree wurden die Kredite in Höhe von ca. 21

Mio. Euro (3.450.000 Euro KfW-Schnellkredite für 19 Unternehmen und 17.055.000 Euro KfW-Unternehmerkredit KMU für 89 Unternehmen) ausgewiesen. In Frankfurt (Oder) wurden etwa 30 Unternehmen insgesamt mit ca. fünf Mio. Euro gefördert.